

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend**

Maßnahmen gegen die Umsatzsteuerpflicht für landwirtschaftliche Pensionspferdehaltung

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für eine Abfederung der negativen Effekte der mit 1. Jänner 2014 eingeführten Umsatzsteuerpflicht für landwirtschaftliche Pensionspferdehaltung einzutreten.

Begründung

Seit 1. Jänner 2014 unterliegt die Pensionspferdehaltung in Österreich umsatzsteuerrechtlich nicht mehr der Pauschalierung, sondern der Regelbesteuerung. Das hat zur Folge, dass pauschalierte Landwirte die Umsatzsteuer in der Höhe von 20 Prozent auszuweisen und in weiterer Folge an das Finanzamt abzuführen haben. Nur Landwirte, die der Kleinunternehmerregelung unterliegen, sind vom Wegfall der Umsatzsteuerpauschalierung nicht betroffen. Das setzt voraus, dass der Kleinunternehmer unter einer jährlichen Netto-Umsatzgrenze von 30.000 Euro bleibt.

Diese Anhebung trifft vor allem Reiter und Pferdehalter, aber auch viele andere Bereiche des Wirtschaftsfaktors "Pferd", so zB Handel, Futtermittelhersteller, Tierärzte, Bauern, Sportanlagebauunternehmen, Tourismus, Traditionshandwerke wie Hufschmiede und Sattler und viele mehr. Daraus resultierend sind auch tausende Arbeitsplätze in Gefahr.

Viele Pferdebesitzer werden sich in Zukunft ihre Tiere und den Reitsport nicht mehr leisten können. Ein weiterer Effekt daraus sind Umsiedelungen der Pferde durch ihre Besitzer in günstigere Betriebe. Um den Reitsport leistbar zu erhalten und die negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft und auf die Wirtschaft in Österreich abzufedern, müssen auf nationaler Ebene Maßnahmen ergriffen werden.

Linz, am 20. Jänner 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Cramer, Klinger, Schießl, Mahr, Wall, Lackner, Nerat, Povysil